

Energiebezogene Modernisierungsmaßnahmen zu Lasten der Mieter

Völlig realitätsfern ist die Darstellung eines Wohnungsbauunternehmens, dass die Modernisierungsumlage von immerhin 11% durch Energieeinsparung wieder aufgefangen wird. Die schon angekündigten Energiesteigerungskosten in Höhe von ca. 30% bleiben hierbei völlig unberücksichtigt. Wer die Entwicklung in den letzten Jahren verfolgt hat weiß, dass die Energiekonzerne bei abnehmendem Verbrauch automatisch Ihre Preisregulierung nach oben vornehmen um den Verlust auf der Einnahmeseite auszugleichen. Sie werden niemals zulassen, dass an ihren Einnahmen und schon gar nicht an den Gewinnen geknabbert wird. In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass vor dem Wahltag am 18. September 2011 eine große Volkspartei, die nach wie vor an der Regierung ist, auf Wahlveranstaltungen im Beisein von entsprechenden Verbandsvertretern erklärt hat, die Modernisierungsumlage abzusenken auf 9%. Das Versprechen wurde bis zu heutigen Tage nicht eingelöst. Wir selbst hatten bei der Gelegenheit eine Absenkung auf 6% gefordert. Im Übrigen wird in den meisten Fällen bei der Berechnung der Modernisierungskosten nicht ausreichend berücksichtigt, dass die erforderlichen Instandsetzungskosten in Abzug gebracht werden.

Grundsätzlich bleibt für den Berliner Großraum festzuhalten, dass die Modernisierungswelle überwiegend im Stadtkern ganz bewusst durchgeführt wird, um dort durch dramatische Mieterhöhungen bzw. Umwandlung in Eigentum die bisherigen Mieter an den Stadtrand gedrängt werden, um die betuchteren Mieter oder gar Eigentümer rund um die Regierungsgebäude und der Schickimicki Szene anzusiedeln, letztendlich möchte man doch unter sich bleiben, man ist doch schließlich wer.

Wenn die Landesregierung auf mehr Wohnungsbau in der Stadt hinweist, so ist dies nur bedingt richtig. Es gibt viel zu wenige kleinere Wohnungen für Singles und Sozialschwächere, die sich nicht mehr ausreichenden Wohnraum leisten können, denn Armut heißt auch gesellschaftlicher Abstieg.

Dazu ein Zitat von Karlheinz Deschner für die Verantwortlichen:

/Regieren heißt, mit den Stimmen der Armen und dem Geld der Reichen diesen noch mehr, jenen noch weniger geben. /